

**DER REGIONALRAT
DES REGIERUNGSBEZIRKS DÜSSELDORF**

Nr. / Sitzung	53. StA	VA	PA	RR
Datum	04.09.2014			
N I E D E R S C H R I F T				
Düsseldorf, den 07. November 2014				

Ort der Sitzung: Bezirksregierung Düsseldorf,
Cecilienallee 2, Plenarsaal

Beginn der Sitzung: 10.05 Uhr

Ende der Sitzung: 10.20 Uhr

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

Tagesordnung

- 1. Formalien**
- 2. Genehmigung der Niederschrift über die 52. Sitzung des Strukturausschusses am 19.03.2014**
- 3. Vorschlag für das Städtebauförderprogramm 2014**
hier: Berichterstattung und Beschluss
- 4. Verschiedenes**

TOP 1: Formalien

Der Vorsitzende des Strukturausschusses, Herr Dr. Fils (CDU), eröffnet die 53. Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und bedankt sich für die gute und konstruktive Arbeit des Ausschusses in den letzten 5 Jahren.

Er stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

Der Strukturausschuss genehmigt die Tagesordnung einstimmig.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die 52. Sitzung des Struktur- **ausschusses am 19.03.2014**

Der Strukturausschuss genehmigt die Niederschrift einstimmig.

TOP 3: Vorschlag für das Städtebauförderprogramm 2014 **hier: Berichterstattung und Beschluss**

Gegenstand der Beratungen war die Vorlage 3/53 StA bzw. 4/57 RR vom 05.08.2014

Frau Leibe (Bündnis90/DieGrünen) wünscht mehr Informationen zu der Maßnahme in Jüchen (Umsiedlung Otzenrath/Spenrath und Holz), die in die Förderpriorität B eingestuft worden ist. Frau Gebhardt (Verwaltung) erläutert dazu, dass der Förderantrag der Stadt Jüchen auf eine alte, bereits ausgelaufene Vereinbarung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Tagebaubetreiber RWE zurückgehe. Der Antrag sei wie alle Anträge fachlich geprüft worden. Dabei sei festgestellt worden, dass kein förderfähiger Gebietsbezug vorliege. Über diese Maßnahme solle am 12.09.2014 mit dem Ministerium gesprochen werden. Dabei werde es um

die Frage gehen, ob es weitere Verhandlungen über einen neuen Vertrag geben oder davon abgesehen werde.

Frau Sinowenka (SPD) hinterfragt die Vergabe der Förderpriorität B für die Maßnahme in Velbert (städtebaulicher Denkmalschutz, historischer Ortskern Neviges), besonders vor dem Hintergrund, dass das Schloss Hardenberg eine wichtige städtebauliche Entwicklung des historischen Ortskern darstelle und die Sanierung bereits begonnen habe. Diese Sanierung sei ins Stocken geraten und es werde gebeten, die Maßnahme mindestens in die Priorität A1 für das Jahr 2015 einzustufen. Herr Goer (Verwaltung) legt dar, dass bei dieser Maßnahme ein integriertes Handlungskonzept fehle. Die Stadt Velbert habe ihren Förderantrag bislang inhaltlich nicht geändert, sondern stelle diesen unverändert seit 3-4 Jahren. Der Wunsch auf eine höhere Priorisierung für das nächste Stadterneuerungsprogramm werde mitgenommen. Aktuell sei die Stadt Velbert mit Dez. 35 der Bezirksregierung im Gespräch, da auch eine Neuaufstellung im Innenstadtbereich erfolgen solle. In diesem Zusammenhang habe die Stadt klar kommuniziert, dass nur eine der beiden Maßnahmen kommen werde.

Frau Brücher (Bündnis/DieGrünen) möchte zu Punkt III. der textlichen Erläuterungen der Anlage („Kommunal Finanzen“) wissen, ob es kommunalaufsichtliche Bedenken zu der Bereitstellung der Eigenanteile einer Kommune gibt. Nach Auskunft von Herrn Olbrich (Verwaltung) liegen bisher keine Erkenntnisse vor, dass in dieser Hinsicht besondere Probleme zu erwarten seien. Aus rechtlichen Gründen müsse der Passus jedoch enthalten sein, dass kommunalaufsichtliche Bedenken zum Zeitpunkt der Bewilligung nicht entgegenstehen dürfen, da zur Zeit noch Entscheidungen ausstünden z.B. bei den Stärkungspaktkommunen, ob Mittel im Oktober ausgezahlt werden und ob die Haushaltssanierungspläne ordnungsgemäß fortgeschrieben werden können. Bei einigen Kommunen stehe auch noch nicht fest, ob sie genehmigungsfähige Haushaltssicherungskonzepte aufstellen können.

Frau Leißer (Bündnis90/DieGrünen) möchte zu der Maßnahme Aktive Zentren in Düsseldorf wissen, ob es Erkenntnisse gebe, wie viele Inhaber- und Standortgemeinschaften (ISG) im Gebiet gefördert werden oder überhaupt existieren. Eine ganz genaue Übersicht über alle ISG gibt es nach Angaben von Fr. Gebhardt (Verwaltung) nicht. Sie hebt hervor, dass zur Beantragung von Mitteln im Rahmen der Aktiven Zentren eine rechtlich abgesicherte ISG nicht nötig sei. So sei in Remscheid eine ISG seit zwei Jahren mit Begleitung eines Planers in Gründung und habe auch mit Eigenmitteln in der Zwischenzeit Fortschritte erzielt. Eine endgültige Gründung habe bisher noch nicht stattgefunden. Im Übrigen verhalte es sich so, dass ein Scheitern der rechtlichen ISG nicht zugleich einen Förderausschluss bedeute.

Anlage 1 Pressemitteilung des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Verkehr und Stadtentwicklung vom 06.06.2014 als weitere Information über Immobilien- und Standortgemeinschaften

Der Strukturausschuss fasst zur Sitzungsvorlage 3/53 StA bzw. 4/57 RR vom 05.08.2014 einstimmig folgenden Beschluss:

Der Regionalrat stimmt dem Programmvorschlag für das Stadterneuerungsprogramm 2014 zu.

TOP 4: Verschiedenes

Es gab keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 10.20 Uhr.

gez. Dr. Fils
(Vorsitzender des
Strukturausschusses)

gez. Brücher
(Stellv. Vorsitzende des
Strukturausschusses)

gez. Gunkel
(Schriftführerin)

Der Regionalrat des Regierungsbezirks Düsseldorf

- Anwesenheitsliste -
Strukturausschusssitzung am 04.09.2014

Stimmberechtigte Mitglieder und sachkundige Bürger

CDU-Fraktion

Name	anwesend
Amfaldern, Nanette	
Brandts, Reiner	√
Dr. Fils, Alexander	√
Humpert, Karl-Heinz	
Kamps, Heinz-Peter	
Läckes, Manfred	√
Meies, Fritz	√
Moritz, Arne	
Müller, Michael	
Nordmann, Johannes	√
Papen, Hans-Hugo	√
Petrauschke, Hans-Jürgen	√
Reiners, Hans W.	√
Schmickler, Günter	√
Dr. Schmitz, Hans-Georg	
Schroeren, Michael	√
Selders, Hannes	
Steinmetz, Jürgen	
Tups, Rolf	
Vielhaus, Ewald	
Weigel, Andreas	
Welter, Thomas	

SPD-Fraktion

Name	anwesend
Bechstein, Klaus	√
Bedronka, Bernd	
Edelhoff, York	
Hengst, Jürgen	
Hildemann, Michael	
Hornbostel, Rolf	
Jessner, Udo	
Münchow, Volker	
Reese, Klaus-Jürgen	
Rohde, Roland	
Sartingen, Gunhild	√
Sinowenka, Friederike	√
Thiel, Rainer	√
Thum, Regine	
Welp, Axel C.	
Witzke, Hans-Jochem	
Wurm, Günter	√
Zingler, Birgit	

FDP-Fraktion

Name	anwesend
Hausmann, Wolf D.	
Laakmann, Otto	
Müller, Ulrich G.	√
Schiffer, Hans Lothar	√
Suika, Jörn	√

Bündnis 90/Die Grünen

Name	anwesend
Arndt, Ingeborg	
Brücher, Bettina	√
Czerwinski, Norbert	
Krause, Manfred	
Leiß, Claudia	√
Patalla, Sandra	
Sickelmann, Ute	
Voelker, Marcus	

Die Linke

Name	anwesend
Herhaus, Susanne	√

FW NRW

Name	anwesend
Dr. Grumbach, Hans-Joachim	

Beratende Mitglieder

Name		anwesend
Dr. Hoffmann, Christian	Arbeitgebervertretung	
Dr. Siepmann, Udo	Arbeitgebervertretung	
Zipfel, Josef	Arbeitgebervertretung	
Arens, Guido	Arbeitnehmervertretung	
Kolle, Daniel	Arbeitnehmervertretung	√
Reuter, Klaus	Arbeitnehmervertretung	
Buck, Antje	Kommunale Gleichstellungsstellen	
Paßmann, Bernd	Landschaftsverband Rheinland	
Gerken, Bert	Sportverbände	√
Wenzel, Stefan	Naturschutzverbände	
Düsseldorf	OB/Vertr.	
Krefeld	OB/Vertr.	
Mönchengladbach	OB/Vertr.	
Remscheid	OB/Vertr.	
Solingen	OB/Vertr.	
Wuppertal	OB/Vertr.	
Kleve	Landrat/Vertr.	
Mettmann	Landrat/Vertr.	√
Neuss	Landrat/Vertr.	√
Viersen	Landrat/Vertr.	

Teilnehmer von der Bezirksregierung Düsseldorf:

Herr Abteilungsdirektor Olbrich	Abteilung 3
Frau Regierungsbaudirektorin Gebhardt	Dezernat 35
Herr Regierungsbaurat Goer	Dezernat 35
Herr Regierungsdirektor Kießling	Dezernat 32
Frau Regierungsamtfrau Sablofski	Dezernat 32
Frau Regierungsamtfrau Gunkel	Dezernat 32

Anlage 1

06.06.2014 | Ministerium, Bauen, Wohnen, Verkehr, Stadtentwicklung, Presse, Service: Mehr Leben in die Innenstädte

Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG) beschlossen

Das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr teilt mit:

Der Landtag hat in dieser Woche den Gesetzentwurf der Landesregierung zu den Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG) verabschiedet. Ziel der Gesetzesänderung ist es, das Umfeld von Wohnquartieren, touristischen Bereichen sowie Gewerbegebieten zu verbessern. Bisher war der Anwendungsbereich für Immobilien- und Standortgemeinschaften in Nordrhein-Westfalen auf Bereiche der Innenstadt oder der Stadtteilzentren begrenzt. Künftig sollen auch wohnungsbezogene Immobilien- und Standortgemeinschaften sowie Immobilien- und Standortgemeinschaften in Gewerbegebieten und für touristische Bereiche ermöglicht werden.

Bauminister Michael Groschek bezeichnete die Gesetzesänderung als Chance für in die Jahre gekommene Wohnviertel und Gewerbegebiete: „Unser politisches Ziel ist es, die privaten Initiativen auch in Wohn- und Gewerbegebieten zu ermöglichen. Wir greifen gern die Angebote auf, wenn sich Eigentümer und Gewerbetreibende einer solchen Initiative verpflichten, den öffentlichen Raum vor ihren Häusern und Betrieben zu verschönern und auf Vordermann zu bringen. Diesen privaten Initiativen bietet das Land NRW im Rahmen der Städtebauförderung finanzielle Unterstützung an.“

Bisher gibt es in Nordrhein-Westfalen drei Immobilien- und Standortgemeinschaften auf Basis einer kommunalen Satzung – in Gelsenkirchen, in Bergisch Gladbach und in Wuppertal-Barmen. Auf freiwilliger Basis engagieren sich ca. 50 Immobilien- und Standortgemeinschaften für die Aufwertung von Innenstädten und Stadtteilzentren. Im Jahre 2011 wurde das Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften evaluiert:

Die beteiligten Verbände sprachen sich dabei mehrheitlich für eine Fortführung aus und forderten die Erweiterung des Anwendungsbereichs im Gesetz.

Das ISGG regelt den rechtlichen Rahmen, nach dem beispielsweise Straßenzüge aufgewertet werden. Die Eigentümer finanzieren die Maßnahmen im öffentlichen Raum in der Regel selbst. Durch das Engagement dieser Immobilien- und Standortgemeinschaften werden positive Effekte für das gesamte Umfeld erzielt, die Lebens- und Wohnqualität vor Ort kann dadurch deutlich verbessert werden.

Pressekontakt: Bernhard.Meier@mbwsv.nrw.de, Tel. 0211/3843-1013

Dieser Presstext ist auch über das Internet verfügbar unter der Internet-Adresse der Landesregierung <http://www.nrw.de>